



10/2020

## ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

*Liebe Leserinnen und Leser,*

wieviel ist eigentlich 1 Milliarde Euro? So richtig vorstellen kann man sich die Menge Geld nicht, aber folgende Rechenbeispiele bringen vielleicht etwas mehr Klarheit. Wenn ein Mensch 1.000 Euro pro Tag verdient, braucht er trotzdem rund 2.740 Jahre, verdient er 10.000 Euro pro Tag sind es immer noch rund 274 Jahre, um die Milliarde zu erreichen. In der heutigen Zeit hantieren viele Menschen sehr freihändig mit Milliardenbeträgen, die sie selbst noch nie gesehen haben. Die höchste Zahl sind nun die 750 Milliarden Euro, die Europa aufbringen soll, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bekämpfen.

Es ist schon ein seltsamer Kompromiss, den die EU da in dieser Woche vollmundig verkündet hat. Zunächst preschten Deutschland und Frankreich vor: ein 500 Milliarden Euro schwerer Fonds zur wirtschaftlichen Erholung auf EU-Ebene sollte es sein. Und nun, am Ende gibt es 500 Milliarden Euro Zuschüsse und oben darauf weitere 250 Milliarden Euro für Kredite. Ein typisch europäischer Kompromiss. Nur bleibt die Frage, was mit diesem Geld nun wirklich erreicht werden soll. Schaut man in die Kassen der EU, staunt man schon, liegen doch dort tatsächlich noch rund 285 Milliarden Euro an nicht verausgabten Mitteln! Schließt sich die Frage an, warum das Geld nicht ausgegeben werden konnte. Gibt es keine sinnvollen Projekte? Verhindert die Bürokratie den Abfluss der Mittel oder was ist der wirkliche Grund?

Um es hier klar zu sagen: Ich stehe zu einem gemeinsamen europäischen Plan, um Europa aus der Krise zu führen. Die Zeit nach Corona wird von geopolitischen Auseinandersetzungen der drei wirtschaftlichen Zentren, Nordamerika, Asien und Europa geprägt sein. Es geht um das Überleben Europas. Aber man braucht erst einen Plan, um danach zu sehen, wie dieser finanziell begleitet werden kann. Ich sehe aber keinen Plan. Ich stehe auch zu europäischer Solidarität, Starke helfen Schwächeren. Nur fällt das Geld auch bei uns nicht vom Himmel. Ich möchte schon wissen, was Europa sich vorstellt. Und da muss man kein Hellseher sein—um die Verwendung des Geldes wird es Auseinandersetzungen geben. Im Kleingedruckten steckt genügend Stoff für ergiebigen Streit. Das beginnt bei der Rückzahlung, die erst 2028 einsetzen soll, und endet bei Fragen der Haftung für diese gewaltige Summe. Diese Schulden, die heute gemacht werden, müssen unsere Kinder und Enkel wieder abtragen. Deswegen kann nicht jeder, der Fragen zu diesem Projekt stellt, sofort in die Ecke eines Euroskeptikers gestellt werden. Wir tragen eine hohe Verantwortung für die Zukunft.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Pfingstwochenende.

Ihr

*Andreas Lämmels*

## DIE WOCHEN IM PARLAMENT

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias.** Das Bundeswehrmandat wird angesichts der fragilen politischen Lage in Somalia bis zum 31. Mai 2021 verlängert. Insbesondere die unverzichtbaren Transporte des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen sollen somit gesichert werden. Die personelle Obergrenze des Bundeswehrkontingents wird bei 400 Soldaten belassen.

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der EU als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali).** Ebenfalls bis zum 31. Mai 2021 verlängert wurde das Bundeswehrmandat für den bewaffneten Einsatz im Rahmen der EU-Mission EUTM Mali. Der Schwerpunkt des deutschen Beitrags an dieser Mission bleiben Ausbildung und Beratung der malischen Streitkräfte, er wird aber um einige Aspekte ergänzt. So wird das Einsatzgebiet über das Staatsgebiet Malis hinaus auch auf die übrigen vier Staaten der G5-Sahel (Burkina Faso, Mauretanien, Niger, Tschad) erweitert. Die Ausbildung der malischen Streitkräfte soll zukünftig dezentraler und einsatznäher an gesicherten Orten stattfinden. Dadurch wird sich das deutsche Engagement weiter nach Zentralmali ausdehnen. Die personelle Obergrenze wird von bisher 350 auf 450 Soldaten erhöht.

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA).** Auch dieses Mandat wurde bis zum 31. Mai 2021 verlängert. Die Bundeswehr unterstützt MINUSMA vor allem durch Aufklärungseinsätze sowie logistische Unterstützung. Das Mandat umfasst jedoch nicht die Teilnahme an Operationen zur Terrorismusbekämpfung. Die personelle Mandatsobergrenze bleibt unverändert bei 1.100.

**Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Corona-Steuerhilfegesetz).** In zweiter und dritter wurden weitere steuerliche Erleichterungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie beschlossen. Zu den enthaltenen Maßnahmen zählt unter anderem die



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

temporäre Absenkung des Umsatzsteuersatzes für Speisen auf 7 Prozent, Getränke sind also ausgenommen. Dieser neue Steuersatz wird von 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021 gelten. Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld und zum Saison-Kurzarbeitergeld bis 80 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen dem Soll- Entgelt und dem Ist-Entgelt werden steuerfrei gestellt.

**Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Instruments zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken durch Corona (SURE).** EU-Mitgliedstaaten sollen mit günstigen Krediten insbesondere bei Maßnahmen im Bereich der Kurzarbeit oder damit vergleichbaren Instrumenten unterstützt werden. Zur Finanzierung benötigt die EU von allen Mitgliedstaaten Garantien entsprechend ihrem Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen, für Deutschland in der Höhe von knapp 6,4 Milliarden Euro. Mit dem vorliegenden Gesetz wird die Bundesregierung dazu ermächtigt, die hierfür notwendige Bundesgarantie zu übernehmen. Das Gesetz legt fest, dass der Deutsche Bundestag halbjährig über die Umsetzung des Instruments unterrichtet wird.

**Soziale Innovationen stärker fördern und Potenziale effizienter nutzen.** Soziale Innovationen bieten Lösungen für vielfältige soziale, ökologische und ökonomische Herausforderungen. Das vorhandene Potenzial soll weiter ausgebaut. CDU/CSU und SPD fordern mit einem Antrag die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für soziale Innovationen zu verbessern und entsprechende Akteure stärker zu unterstützen.

# KONJUNKTUR IN DEUTSCHLAND

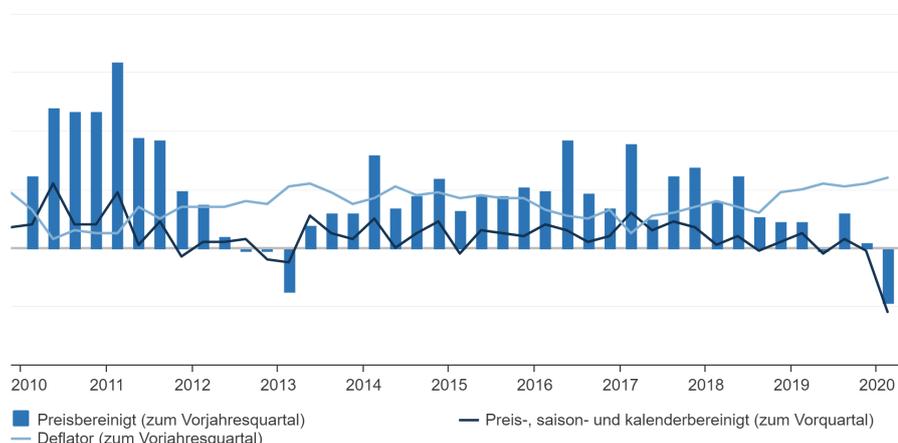
Nach der Corona-Krise soll die Wirtschaft in Deutschland schnell wieder auf die Beine kommen. Dafür will die Koalition ein **umfassendes Konjunkturpaket** schnüren. Der Unionsfraktion ist wichtig, dass damit die Weichen für einen Aufbruch in die Zukunft gestellt werden.

Die Rettungspakete und Soforthilfen waren ein erster notwendiger Schritt zur erfolgreichen Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Jetzt heißt es Kopf hoch und **Blick nach vorne**: Was für einen Staat brauchen eigenverantwortliche Bürgerinnen und Bürger und dynamische Unternehmen? Wo können wir als Standort Deutschland neue Produktivität gewinnen – in der Forschung, in der Bildung und der öffentlichen Verwaltung? Deutschland kann mit den richtigen Prioritäten jetzt vieles richtig machen bei seinem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neustart.

So müssen Unternehmen weiter von bürokratischen Belastungen befreit werden. Vor allem für kleine und mittelständische Betriebe gilt es, Freiräume zu schaffen. Auch die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren oder die Vereinfachung des Vergaberechts können positive Impulse für die Wirtschaft setzen. Konjunkturelle Anreize des Staates können gezielt und temporär die Nachfrage der Verbraucher stärken und so die Unternehmen wirtschaftlich unterstützen. Es ist dabei allerdings nicht sinnvoll, das Geld mit der Gießkanne zu verteilen. Vielmehr soll genau dort nachgeholfen werden, wo es nötig ist.

Um das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken, muss weiter auf hohem Niveau in die

BIP  
Veränderung in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

Geld zügig dorthin zu bringen, wo es benötigt wird. Parallel dazu wird mit gezielten steuerlichen Maßnahmen die Liquidität der Unternehmen gesichert -beispielsweise durch weitgehende Verlustrück- und -vorträge.

Das in dieser Woche beschlossene **Corona-Steuerhilfegesetz** schlägt hier eine wichtige Brücke. Zu den enthaltenen Maßnahmen zählt unter anderem die **temporäre Absenkung des Umsatzsteuersatzes für Speisen** auf 7 Prozent. Dieser neue Steuersatz wird von 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021 gelten. Darüber hinaus werden die bisherige Übergangsregelung zum Umsatzsteuergesetz sowie der steuerliche Rückwirkungszeitraum des Umwandlungssteuergesetzes bis zum 31. Dezember 2022 vorübergehend verlängert. Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld und zum Saison- Kurzarbeitergeld bis 80 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen dem Soll-Entgelt und dem Ist-Entgelt werden steuerfrei gestellt. Nicht zuletzt sollen die steuerlichen **Rückwirkungszeiträume vorübergehend verlängert** werden.



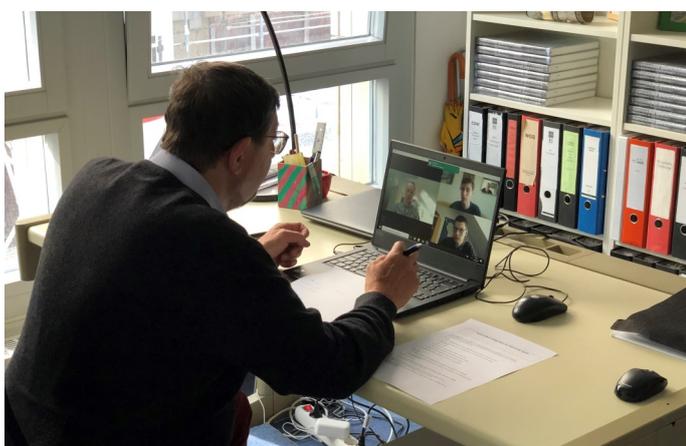
**öffentliche Infrastruktur und in die flächendeckende Digitalisierung investiert** werden. Besonders wichtig ist die **Förderung von erfolgsversprechenden Innovationen**. Sollen die deutschen Unternehmen doch auch künftig im Wettbewerb mit China oder den USA bestehen können. Dabei geht es nicht nur um zusätzliches Geld, sondern auch darum, den bisherigen **Stau beim Abfluss der Mittel endlich zu lösen**, um das

## BEGEGNUNGEN



Es gibt weiterhin viel Gesprächsbedarf bei den Reisebüros, Busunternehmen und Spezialanbietern von touristischen Aktivitäten in ganz Deutschland. Auch für mich war es bereits die **zweite Diskussionsrunde in der IHK-Dresden** zu diesem Thema. Momentan ist es das Wichtigste, den Betrieben eine Perspektive für die Zeit nach der Krise zu geben. Verschiedene Ansätze konnte ich mit Vertretern der Branche besprechen. Dazu gehörten ein koordiniertes Vorgehen in der Europäischen Union, aber auch mögliche Zuschussprogramme zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Politisch gehen die Diskussionen dazu in Berlin weiter. Ich bin mir der komplexen Problemlage dieses Themas sehr bewusst und hoffe, dass wir eine gute Lösung finden werden. Denn niemand möchte, dass wir nach der Krise in Deutschland keine Tourismusbetriebe mehr haben.

Guter Austausch mit **Bundesminister Dr. Gerd Müller im Arbeitskreis Afrika**: Die Corona-Pandemie stellt die gesamte Weltgemeinschaft vor enorme Herausforderungen. Die Auswirkungen sind in vielen Regionen und Ländern der Welt bereits jetzt weitaus dramatischer als in Deutschland. Auch in Afrika breitet sich das Virus rasant aus. Die wirtschaftlichen Folgen der Krise werden die Länder hart treffen. Damit könnten viele Bemühungen der vergangenen Jahre um eine erfolgreiche Entwicklung des Kontinents zunichte gemacht werden. Denn gerade sind erste Erfolge der Initiativen des Bundes zu sehen, die zu mehr Investitionen und damit auch zu mehr Arbeitsplätzen in Afrika führen sollten. Mit dem Corona-Sofortprogramm hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen Gesamtansatz vorgelegt, um die Pandemie und deren Folgen auch auf dem afrikanischen Kontinent bestmöglich zu bekämpfen. Dabei müssen Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung Hand in Hand gehen.



**Bürgersprechstunden** in Zeiten der Pandemie. Heute mit Schülern eines Gymnasiums in meinem Wahlkreis zum Thema Kohleausstieg in der Lausitz. Ja, es gibt auch noch andere Themen als Corona!



ICH WÜNSCHE IHNEN EIN  
SCHÖNES PFINGSTFEST.

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb